

# LANDESGRUPPE OST IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

24. November 2021

## PRESSEINFORMATION:

Frank Junge, Sprecher der Landesgruppe Ost in der SPD-Bundestagsfraktion, zum vorliegenden Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP:

### **Koalitionsvertrag trägt ostdeutsche Handschrift**

„Mit dem heute vorgestellten Koalitionsvertrag bin ich sehr zufrieden. Resümierend lässt sich sagen: Wir haben viel für die Menschen in Ostdeutschland hereinverhandelt.

Die nach wie vor in den ostdeutschen Ländern befindlichen strukturschwachen Regionen wollen wir durch eine Erweiterung des gesamtdeutschen Fördersystems zusätzlich unterstützen. Schlüsseltechnologien, bei denen viele marktführende Unternehmen in den neuen Ländern angesiedelt sind, sollen vorrangig gefördert werden. Für diesen Modernisierungsschub brauchen wir flächendeckend Glasfaser und neuesten Mobilfunkstandard, dass vorrangig da verlegt werden soll, wo Nachholbedarf besteht. In allen Bereichen soll die Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen gestärkt werden. Neue Perspektiven in strukturschwachen Regionen wollen wir durch die vermehrte Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in diesen schaffen. Das Problem kommunaler Altschulden werden wir angehen.

Wir legen wir uns auf einen Mindestlohn von 12 Euro fest, von dem vor allem Arbeitnehmer\*Innen in den ostdeutschen Ländern profitieren. Einen früheren Kohleausstieg wollen wir so gestalten, dass die Beschäftigten ihn mitgehen können. Das Rentenniveau bleibt auch weiterhin bei mindestens 48%. Zusätzlich wollen wir die betriebliche Altersvorsorge und die Tarifbindung stärken. Die Menschen sind bislang im Osten sehr viel stärker auf die gesetzliche Rente angewiesen, weil sie mehrheitlich nicht über eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung oder private Vorsorge verfügen. Auch die Tarifbindung liegt im Osten Deutschlands weit hinter dem Westniveau.

Vielfalt und eine starke Zivilgesellschaft sollen ebenfalls Leitmotive dieser Regierung sein. Deshalb wollen wir die im letzten Jahr in Neustrelitz gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt in ihrem Förderauftrag durch Mittelaufstockung stärken. Auch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird erweitert und die Finanzierung gesichert. Das von uns schon lange geforderte Demokratiefördergesetz wird endlich kommen.

Ich finde, der Vertrag trägt eine klare ostdeutsche Handschrift. Wir haben als SPD im Koalitionsvertrag verankert, dass die nach wie vor bestehenden Herausforderungen in Ostdeutschland als gesamtdeutsche Aufgabe betrachtet werden. Nach den Wochen der Verhandlungen beginnt nun die eigentliche Arbeit. Wir wollen dem Vertrauensvorschuss, den insbesondere die Menschen in Ostdeutschland der SPD geschenkt haben, gerecht werden.“